

Wöchentliches Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von S. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiter
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 66.

Halle, Dienstag den 20. März
Hierzu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Halle, d. 18. März. Der achtzehnte März wird in der Geschichte Preußens ein denkwürdiger Tag bleiben. Er ist der Markstein zwischen zwei verschiedenen Perioden. Vor einem Jahre trat an diesem Tage Preußen aus dem vom Anbeginn des Staats herrschenden System der absoluten Monarchie in die Reihe der konstitutionellen Staaten. An dieser einen und wesentlichen Thatsache halten wir fest. — In einzelnen Kreisen hat man sich vorgenommen, den Tag festlich zu begehen. Wir haben seiner in der Stille gedacht aus Gründen, die wir in der „Konstitutionellen Zeitung“ ausgedrückt finden. Wir theilen diesen Artikel wörtlich mit und enthalten uns jeden Zusatzes und jeder Erläuterung:

„Wir stehen am ersten Jahrestage der Berliner Revolution! Seiner nicht gedenken, — wie wäre das möglich? ihn würdig begehen, welche Aufgabe! Dazu gehört vor allem, ihn vollständig und mit klarem Bewußtsein aufzufassen. Aber wie wenig geschah, wie viel fehlt zur wahren Geschichte dieser großen Begebenheit!

Die Feier dieses Tages ist in Berlin untersagt. Wenn eine solche anderwärts stattfindet, was hat sie für eine Bedeutung, abgelöst von der Stätte, welche die Zeugin, von der Bevölkerung, welche die Vollstreckerin jener in Beiden noch mit der Urfrische fortlebenden Ereignisse war?

Wenn aber das Jahresfest auch hier begangen würde, welchen Charakter möchte es tragen? Empfänden wir die Freude über errungene und gesicherte Güter etwa unverkümmert? Der Sorge um ihren dauernden Bestand bei der fort und fort noch drohenden Wuth entbrannter Parteien, können die Bestgesinnten sich ihrer entschlagen? Würden Trost und Auflehnung gegen die stehen gebliebenen Mächte, Lust an der Verlegenheit der Regierung und an der Aufreizung leicht entzügelter Massen, Schadenfreude an den vermeintlich Besiegten des 18. März sich bei der Feier nicht zu allermeist und zu allereifrigst betheilig haben? Und diese Gefühle neben dem Schmerz aller an den noch frischen Gräbern zweier Friedhöfe Trauernden — wären das Elemente einer Festesfeier gewesen?

Wir lassen dahin gestellt, ob dieser Tag, selbst wenn er dereinst als der erste der Freiheits-Aera in den Ueberzeugungen aller Preußen wurzeln, nicht auch dann noch des tragischen

Charakters zu viel an sich tragen würde, um jemals der Tag eines Volksfestes zu werden. Vor Allem aber müßte sein Pathos, müßte die Reinigung der Leidenschaft erst durchgelebt, die Sühne desselben gegenständlich geworden sein. Aber am Mittage des 18. März 1849 suchten alle Fibern in uns noch zu krampfhaft. Noch durchbebt unser Mark jener in der Weltgeschichte beispiellose Augenblick des Umschwungs aus höchstem Jubel in tiefste Verzweiflung, noch zerriß, blutig wie damals, der unerklärliche Griff einer kaltehernen Teufelsfaust die von Götterlust und Frühlingsdrang warm überströmenden Herzen.

In hundert Stunden lebten wir vier gewaltige Umwälzungen durch: jede einzeln fähig, das Vaterland ins Verderben zu stürzen. — Ein Königswort sprengte einen durch ein Menschenalter geschlossenen Kerker, Preußen trat als constitutionelles Reich, sein ganzes Volk unwiderrücklich als das deutsche heraus. — Urpötzlich entbrennt ein Kampf: die alte Militäraristokratie einerseits, Volksmassen andererseits, von materieller Noth, von der Trugverheißung socialer Irrlehren, von einer selbstbetheilten Jugend angestachelt, stoßen auf einander: das edle Bürgerthum, unglücklicher Weise verkannt und im verhängnißvollen Moment beseindet — dies das eigentliche Mißverständnis — gesellt sich dem Haufen zu, theilt seine Wuth und Verblendung. — Den Kampf entscheidet kein Sieg: ein neues Mißverständnis bedingt den Rückzug unüberwundener Truppen und sanctionirt nun erst die Revolution. In wenigen Minuten entscheidet sich die Haltlosigkeit des Bürgerthums inmitten des entseelten Haufens: die kaum eingegangene Pflicht, Thron und Ordnung zu stützen, wird illusorisch: das Königthum selbst entgeht nur wie durch ein Wunder dem Untergange.

Noch einige Stunden und mitten in der Hauptstadt erhebt sich Polen, ein Staat im Staate, dessen Führer keiner ihrer Absichten Hehl haben, und den unvermeidlichen Krieg mit Rußland verkünden und predigen.

Endlich will ein olympischer Rathschluß, ein Triumphzug vor dem Siege Deutschland vereinigen. Der wankende Thron der Hauptstadt soll der Grundpfeiler einer neuen Weltmacht werden: und ahnungsvoll müssen Preußens Patrioten gewärtigen, daß das eigne Vaterland ihnen entfremdet, nicht das allgemeine errungen werde.

Aber ehe noch aus allen Gegenden Deutschlands die Antwort der Abneigung und des Hasses zurückscholl, traten die Vorboten der Anarchie, des Terrorismus, der socialen Republik in Hauptstadt und Provinz schreckhaft auf: gegenüber neube-rechtigt und erstarkt, scharte sich die Reaction. Genug! — schon über den achtzehnten März hinaus schweift die Feder. Doch die geschilderten Elemente sammt und sonders barg jener Schicksalstag. Alle lehren sie, daß das Verständniß desselben noch nicht gewonnen sei, seine Frucht nicht reif, seine Weihe nicht ertheilt, seine Feier noch nicht angebrochen.“

Dazu fügen wir bei einen Aussatz aus der Parlaments-Correspondenz. Er lautet:

Nicht aus dem Parlament, vielmehr in das Parlament möchten wir korrespondiren, indem wir an diesen denkwürdigen Tag mahnen. Der 18. März hat ein Janushaupt; das Eine Antlitz lächelt freudig; das Andere trägt die Spuren des tiefsten Schmerzes. Mächte das letztere der Vergangenheit, ersteres der Zukunft unseres Vaterlandes zugewandt erscheinen. Es war ein Tag des Jubels, dieser 18. März 1848; der König hatte seiner Machtvollkommenheit entsagt und gleichzeitig die Umschmelzung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, in ein neues Reich verlangt. Aber die wenigsten Bürger von Berlin hatten schon Kenntniß nehmen können von der Proklamation des Königs, die Wenigsten wußten bereits, daß wir am Ziel unserer Wünsche standen, als das entsetzliche Unglück über die Hauptstadt und unser Land kam. Es wird jetzt von mancher Seite her der Bruderkampf jener unseligen Nacht vom 18. zum 19. so gedeutet, als ob gegen das Heer lauter verworfenes Gesindel, Emissäre, Polen und andere Fremde, Züchtlinge mit wenigen Verirrten gekämpft hätten; es wird ferner erzählt und geglaubt, daß das Rufen nach „Rache“, der Schrei des „Verraths“ nur künstlich und, ohne die Redlichen und Aufrechtigen mit fortzureißen, durch die Straßen verbreitet worden. Das ist un wahr. Freilich kämpften gegen das Militär auch Verworfene und Fremde, freilich rühmte Liebelt in der Aula der Universität, daß den Preußen zur Freiheit von den Polen verholten worden und noch weiter verholten werden würde; freilich ist das „Verrath“ und „Rache“-Rufen, ähnlich wie zu Paris, angeregt. Aber die Empörung war eine allgemeine. Unglaublich mag es klingen, doch alle Welt glaubte daran, daß auf das wehrlose jubelnde Volk geschossen worden! die Erbitterung gegen das Militär war durch Erzesse bei den vorhergehenden Unruhen in allen Kreisen. Doch daß einem Könige, noch dazu vom Hause der Hohenzollern, zuge-traut werden konnte, die politische Bewegung in seinem Staat durch ein Blutbad in der Hauptstadt ersticken zu wollen, das ist ein Symptom des tiefsten Leidens im Volke. In den dreißiger und vierziger Jahren hatte sich ein unsäglicher Groll, eine scheinbar unversöhnliche Feindschaft gegen die regierenden Gewalten in Deutschland und auch in Preußen mit ätzender Schärfe gleichsam eingefressen; das ganze Volksleben war vergiftet und, wahrlich durch die Schuld des alten Regime's, in hohem Grad entfittlicht. Es mögen einmal Emissäre versuchen, ob ein gesundes und freies und glückliches Volk ihre Märchen glaube, und von einem Wahn sich zum Kampfe werde werben lassen! — Die Todten auf dem Friedrichshain sind die Opfer einer Revolution, ganz Berlin hat sie zu Grabe geleitet; ganz Preußen war mitschuldig an jener Revolution.

Am 19. März beginnt in der II. Kammer die Verhandlung über die Adresse, auch ist ein Amnestie-Antrag eingebracht und der Abgeordnete Herr will am Jahrestage der allgemeinen politischen Amnestie die darauf bezügliche Motion stellen. Wird dabei des 18. und 19. März gedacht werden? Bedächten doch unsre Vertreter dann, daß dies im Volke noch

eine offene Wunde sei. Durchgehends, gleich einem Mythus, ist im Munde der Handwerker, der Maschinenbauer und anderer ehrenhaften und unverdorbenen Menschen, daß der Absolutismus in Preußen durch den Kampf in der Märznacht gestürzt und die Freiheit aus dem Blute der Märzkämpfer entsprossen sei. Die Todten auf dem Friedrichshain gelten heute noch als die Gründer der Freiheit.

Gewiß, die Vertreter des Volks haben den Beruf, die Wahrheit und die ganze Wahrheit zu sagen, nach Oben und nach Unten. Der Wahn im Volke soll endlich weichen. Wir sehen mit Bekümmerniß den hochtönenden Reden von der linken Seite der Kammer entgegen, welche die März-Revolution apostrophiren werden. Jede solche Rede wird aus den Herzen von Tausenden gesprochen sein; Tausende werden sagen: die fühlen wie wir, das sind die Unsrigen, ihrem Rath ist zu folgen, ihre Meinungen müssen wir annehmen. Und so greift das politische Leiden immer mehr um sich.

Aber verhindert dieses Unheil die andre Seite des Hauses, indem sie solche Aeußerungen, wie die neuliche von Waldeck, mit Lachen und Geringschätzung übergeht? „Die verläugnen die Märzrevolution“, heißt es, „die wollen von unsern Todten nichts wissen, die Aristokraten!“ Verlohnte sich's nicht, eine Heilung zu versuchen. Der Arzt ist schonend und doch fest, wenn er die Wunde berührt: sende die Rechte morgen einen Arzt auf die Kosira, der unser Land von dem Leiden der Revolution zu heilen versuche. Ist es doch bei denen, welche mit ihren Reden das Volk in seinem Wahn bestärken und zum Geiste der Märzrevolution aufstacheln, selten ein bewußter Frevel, sondern meistens eigne Befangenheit! Wenn ein Redner auf der Rechten in den Gegenstand, falls er berührt wird, gründlich eingeht, wenn er zugiebt, daß am 18. März eine Revolution ausgebrochen sei, wenn er das trauernde Volk an die Gräber seiner theuern Todten im Geiste begleitet und sich als ein Leidtragender erweist, wenn er dann mit eindringlicher Sprache und ohne das hierin so zart empfindende Volk durch harte Worte zurückzustößen und zu verletzen, darthut, wie beklagenswerth jene zweck- und ziellose Revolution gewesen, wie beklagenswerth jene Todten seien, wie die einzige ordentliche Folge der Revolution die Bürgerwehr und die Befreiung der Polen war, wie der Absolutismus schon vor dem Kampfe ges schlagen war, wie vielleicht ohne die durch den Kampf erst herbeigeführte Verwirrung der Gemüther höchstens die Vereinbarung nicht versucht, sondern sogleich eine Verfassung ertheilt und die Kammern damals zur Revision berufen worden wären, wenn — was hier todte Striche eines Kartons — in ergreifender Rede sich lebenswarm gestaltet und Kolorit gewinnt, — der hätte sich wohl um das Vaterland verdient gemacht.

Halle, d. 18. März. Nach zuverlässigen Privatnachrichten hat in Bernburg die Verhaftung des Lohgerbermeisters Calm, eines Führers der dortigen Demokraten, am 16. d. M. zu bedauerlichen Vorfällen geführt. Es zog nämlich ein Volkshausen in das Regierungsgebäude und verlangte die Freilassung des ic. Calm gegen Caution. Noch ehe die Behörde einen Entschluß gefaßt hatte, schritt man aber schon von Seiten des Volks zur Gewalt, und da mehrfach angewendetes gültliches Abmahnen nichts fruchtete, auch ein Soldat durch einen Schuß in den Arm verwundet wurde, so mußte der Gewalt Gewalt entgegengesetzt werden. Gleich auf den ersten Angriff der Truppen zerstreute sich die Menge; 6—8 Personen sollen dabei geblieben, noch mehrere verwundet worden sein. Die Gegenwart der nach Bernburg beorderten preuß. Truppen (von hier aus gingen heute mit einem Extrazuge 2 Compagnieen des 19ten Inf.-

Reg. dahin ab) wird hoffentlich jene Partei von jedem weitem Versuche abhalten.

Berlin, d. 17. März. Der König hat die zur Uebergabe der Adresse der ersten Kammer bestimmte Deputation, unter dem Vortritt ihres Präsidenten von Auerwald, heute Mittag um 12 Uhr in dem Rittersaale des königlichen Schlosses im Beisein sämtlicher Staats-Minister empfangen und die Adresse entgegengenommen. Nachdem der Präsident von Auerwald die Adresse verlesen hatte, erwiderte der König darauf Folgendes:

Meine Herren! Mit hoher Befriedigung erkenne ich in der mir überreichten Adresse der ersten Kammer den unzweideutigen Ausdruck ihrer Treue und echten Vaterlandsliebe. Ich halte mich überzeugt, daß die Meinem Herzen wohlthuende Kundgebung solcher Gesinnungen dazu beitragen wird, das Vertrauen zu befestigen, mit welchem das Land auf die Thätigkeit der ersten Kammer blickt. Möge ihre Wirksamkeit, unter Gottes segensreichem Beistande, reichliche Frucht bringen für das Gedeihen und die Wohlfahrt unseres theuren Vaterlandes! Die erste Kammer wird dann in der dankbaren Anerkennung des Landes den schönsten Lohn für ihr patriotisches Streben finden.

Nach dieser Antwort unterhielt sich Se. Majestät mit den Mitgliedern der Deputation, und entließ dieselbe demnächst huldvoll.

Berlin, d. 18. März. Der General-Major und Commandeur der 2ten Garde-Landwehr-Brigade, von Gayl, ist von Breslau hier angekommen.

Nach dem Militair-Wochenblatte ist der Major von Meyerinck, Adjutant beim General-Kommando des IV. Armee-Corps, als Adjutant zu dem Chef des Generalstabes der Armee versetzt, der Oberst du Bignon, Brigadier der 3ten Artillerie-Brigade, zur einstweiligen Wahrnehmung der Telegraphen-Direktor-Stelle bis auf Weiteres beurlaubt, dem Oberst-Lieutenant Jordan, Adjutant beim Chef des Generalstabes der Armee, als Oberst mit der Armee-Uniform mit den vorschriftsmäßigen Abzeichen für Verabschiedete und Pension der Abschied bewilligt worden.

Berlin, d. 19. März. Der Generalmajor und Inspektor der 2ten Artillerie-Inspection, von Jenichen, ist nach Küstrin von hier abgereist.

Dem beim Land- und Stadtgerichte zu Sangerhausen angestellten Justiz-Kommissarius Romeiß zu Artern ist bis zum Eintritte der Justiz-Organisation die Prozeß-Praxis bei den Patrimonial-Gerichten des sangerhausenschen Kreises gestattet.

Die dänische Frage ist in ein neues Stadium getreten: die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß sind günstiger als je. Lord Palmerston hat durch den englischen Gesandten bei der Centralgewalt, Lord Cowley, seit längerer Zeit in diesem Sinne wirken lassen, was sich auch durch die uns zugegangene Nachricht bestätigt, daß der am 12. in Kopenhagen angelangte englische Courier nicht von London kam, sondern von Lord Cowley aus Frankfurt. Nach den neuesten, durchaus zuverlässigen Nachrichten aus Frankfurt ist in Folge einer zwischen Gager und Cowley getroffenen Uebereinkunft an Bunsen in London ein Courier mit der Befehlung abgegangen, auf Grundlage der von Palmerston aufgestellten Bedingungen die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, was mit Sicherheit schon in der nächsten Zukunft eine friedliche Lösung der für den europäischen Frieden so bedrohlichen Frage erwarten läßt. — Auch von anderer Seite her erfahren wir mit der größten Bestimmtheit, daß an eine Blokade unserer Seehäfen von Seiten Danemarks nicht gedacht wird. (D. R.)

Am 15. d. sind die Vorlagen des Justiz-Ministers Rintelen vom 2. Januar über eine neue Organisation des Gerichtswesens auch an die Abgeordneten der zweiten Kammer vertheilt worden, nachdem dieselben der ersten Kammer schon frü-

her überwiesen waren. Hiermit erledigt sich jeder Zweifel über eine mögliche Hinausschiebung dieser Projekte.

In der dritten Abtheilung (II. Kammer) ist die Vorlage in Betreff der Plakate unverändert angenommen. Kosch sprach sich gegen alle Prävention, doch für strenge Repressivgesetze aus. Abgeordneter von Bülow (Rieth) ist Referent über die Pressvorlage.

Die fünfte Abtheilung hat heute die Berathung über den Gesetz-Entwurf, betreffend das Anheften von Anschlagzetteln und Plakaten in Städten und Ortschaften, so wie den Verkauf und das Vertheilen von Druckschriften oder bildlichen Darstellungen in öffentlichen Straßen, abgelehnt.

Danzig, d. 12. März. Die hier stationirte Corvette Amazone hat den Befehl erhalten, nach Swinemünde zu segeln, woselbst sie ihre bisherigen (18pfündigen) Geschütze mit 24-Pfündern vertauschen und gemeinschaftlich mit der Kanonenjollen-Flotille, welche in Swinemünde stationirt ist, operiren wird. Zum Buasiren der Kanonenboote sind noch einige Dampfboote engagirt worden, die ebenfalls armirt werden.

Danzig, d. 14. März. Aus Neufahrwasser wird gemeldet: „Diese Nacht haben wir einen so hohen Wasser-Andrang aus der See gehabt, daß der am Ausfluß der Weichsel geschützte Damm überschwemmt und die Krone des Damms querüber weggerissen ist; Weichsel und See bilden gegenwärtig an dieser Stelle eine Wassermasse. In der Schleuse zu Neufahrwasser ist der Wasserstand 15 Fuß gewesen.“

Stralsund, d. 15. März. Vor einigen Tagen kam eine nicht unbedeutende Anzahl für die Marine bestimmte Matrosen hier an, welche zur Bemannung von Kanonenbooten dienen sollen. Die Küste von Rügen wird für vorkommende Fälle sowohl durch Verschanzungen als durch Batterien in Verteidigungsstand gesetzt, und vorzüglich sind die am günstigsten belegenen Punkte des schmalen Fahrwassers, durch welches die Schiffe, welche von der See nach dem Binnenwasser kommen, gelangen müssen, mit starken Batterien besetzt.

Frankfurt a. M., d. 14. März. Der Bericht des Verfassungs-Ausschusses über den vom Abgeordneten Welcker in der 184. öffentlichen Sitzung vom 12. März 1849 gestellten Antrag lautet:

Der Verfassungsausschuß, an welchen der Antrag des Abgeordneten Welcker, die schleunige Beendigung des Verfassungswerks betreffend, von dem Präsidio zur Begutachtung verwiesen worden ist, schlägt der Nationalversammlung die Annahme desselben seinem wesentlichen Inhalte nach in der am Schluß näher angegebenen Fassung vor.

Während der Ausschuß sich mit der Berathung dieses Antrags beschäftigte, ist ihm durch das Präsidium der Nationalversammlung eine von dem österreichischen Bevollmächtigten dem Präsidenten des Reichsministeriums mitgetheilte Note der kaiserlich königlichen Regierung vom 9. d. M. zugekommen, deren Text diesem Berichte nachfolgt und deren Inhalt zu der dem Ausschuß gestellten Aufgabe in näher Beziehung steht. Wenn die für den österreichischen Gesamtstaat gegebene Verfassung jede Einwirkung einer deutschen Gesetzgebung und einer deutschen Regierungsgewalt auf das deutsche Oesterreich durch Stillschweigen ausschließt, so wird in jener Note jede weitere Verhandlung über ein Bundesverhältniß mit Deutschland an die vorgängige Bedingung des vollständigsten Verzichts auf eine Volksvertretung für den zu gründenden Bundesstaat geknüpft; nur Abgeordnete der Staaten werden für zulässig erklärt. Da diese Forderung eine der wesentlichsten, unerläßlichen Grundlagen des Bundes, den wir auszuführen vom deutschen Volke den Auftrag haben, schlechthin für Oesterreich zurückweist, so ist für jetzt die weitere Untersuchung darüber zwecklos, welche Zweige des Staatslebens denn etwa noch auf der übriggelassenen Basis gemeinsame werden könnten: eine Frage, über welche die Note keinerlei Aufschluß giebt. So viel aber ist klar, daß Oesterreich auch in die auf solche Weise gebildete, auf eine Vertretung durch ständige Ausschüsse zurückgeführte Verbindung nur in seiner Gesamtheit eintreten will und es ablehnt, derselben mit seinen deutschen Provinzen allein anzugehören. Es bedarf keiner Ausführung, daß ein solches Verlangen ungerechtfertigt ist, und sogar den alten, von Oesterreich selbst früher angerufenen Bundesverträgen widerspricht, sowie daß seine Gewährung selbst auf dem Grunde des alten Bundesverhältnisses die größten, an Unmöglichkeit gren-

zenden Schwierigkeiten mit sich führen würde. Das aber ist vollkommen gewiß, daß das deutsche Volk nicht auf eine Bundesform eingehen wird, die entweder eine völlig machtlose, dem Einheitsbedürfniß des deutschen Volks auf keine Weise entsprechende sein, oder, wenn sie Macht gewönne, die deutsche Entwicklung von einem überwiegend undeutschen Einfluß abhängig machen würde. Aus der entschiedenen Ablehnung der Volksvertretung allein geht schon die traurige Unmöglichkeit, für jetzt zu einer gemein samen Verfassung mit Deutsch-Oesterreich zu gelangen, mithin die Nothwendigkeit hervor, unser Werk vorerst unabhängig von den Beziehungen, in welche Oesterreich zu demselben treten wird, zum Abschluß zu bringen. Wenn die Note darauf hindeutet, daß nunmehr die Bedingung, an welche die bekannte Erklärung vom 27. November die Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland „naturgemäß und nothwendig“ geknüpft habe, „durch die Einigung des großen Kaiserstaates in sich zu einem auf neue Grundlage wohlgeordneten Ganzen“ nach einer Seite hin erfüllt sei, so ist es immerhin unsere Sache, dieselbe Bedingung nach ihrer anderen, damals in gleicher Weise ausdrücklich anerkannten Seite hin durch die Einigung Deutschlands „in neuen und festen Formen“ zu erfüllen. Hat die österreichische Regierung es für eine Pflicht gegen den Kaiserstaat erachtet, jenes Werk der Einigung in vollster Unabhängigkeit ohne die mindeste Rücksicht auf Deutschland durchzuführen, so wird sie sicher auch Deutschland dasselbe Recht zuerkennen; und erst wenn Deutschland in voller Selbstständigkeit von diesem Rechte wird Gebrauch gemacht haben, wird die Gleichheit hergestellt und wird der Zeitpunkt in Wahrheit eingetreten sein, für welchen die eigene Erklärung der österreichischen Regierung die Bestimmung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern — wenn die Wünsche Deutschlands erfüllt werden, eines möglichst engen und innigen Bundesverhältnisses — vorbehalten hat.

Wenn in diesem neu eingetretenen Umstande ein neuer Grund der Beschleunigung unseres Verfassungswerkes liegt, so erkennt der Ausschuss sogleich an, daß der durch den Antragsteller hervorgehobene Grund der Besorgniß vor fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu begründende Verfassung volle Beachtung fordert. Er findet in der allgemeinen politischen Lage Deutschlands und Europa's dringende Veranlassung, um das Verfassungswerk zu einem möglichst schleunigen Abschluß zu bringen, zu einem Abschluß, welcher dem Vaterlande Sicherheit nach Außen, Vertrauen und Zuversicht im Innern gewähre.

Der Ausschuss ist auch darin mit dem Antragsteller einverstanden, daß die Erreichung dieses Zwecks durch die schleunigste Annahme des vorliegenden Verfassungs-Entwurfes vermittelt ein einziges Gesamt-Beschlusses der Nationalversammlung, sowie durch die Uebertragung der in der Verfassung festgestellten erblichen Kaiserwürde an Sr. Majestät den König von Preußen unter den gegenwärtigen Umständen allein könne gesichert werden.

Freilich würde ein solcher Gesamtbeschluß über die Verfassung die Aufopferung vielfacher Meinungsverschiedenheiten über mannigfache und zum Theil erhebliche Punkte erfordern. Allein wenn die Mehrheit der Nationalversammlung in dem Grundgedanken, daß ein solches Verfahren zum Heile des Vaterlandes erforderlich sei, mit dem Antragsteller und mit dem Ausschusse übereinstimmt, so dürfte mit Zuversicht angenommen werden, daß dann Jeder die eigene Meinung über einzelne Fragen zwar nicht der Meinung des Andern, aber der gemeinschaftlichen Ueberzeugung von dem Bedürfniß des Vaterlandes willig opfern würde, um auf diesem Wege die Erreichung des von Allen auf gleiche Weise ersehnten Zieles möglich zu machen.

Um indessen die Bedenken, welche eine solche ungewohnte Form des Beschlusses bei Manchen erregen könnte, zu beseitigen, glaubt der Ausschuss den schon von dem Antragsteller am Schlusse des zweiten Abganges angedeuteten Vorschlag dahin genauer bestimmen zu müssen, daß etwaige Veränderungen einzelner Bestimmungen der jetzt anzunehmenden Verfassung von dem in Gemäßheit dieser Verfassung demnächst zusammentretenden Reichstag in dessen erster Sitzungsperiode ausnahmsweise unter denjenigen Voraussetzungen, welche die Verfassung für die gewöhnliche Gesetzgebung vorschreibt, ohne die erschwerenden Bedingungen, an welche Verfassungs-Änderungen geknüpft sind, vorgenommen werden können.

Außerdem glaubt der Ausschuss in einem Punkte über den vorliegenden Antrag hinausgehen zu müssen, indem er Ihnen vorschlägt, in den Gesamtbeschluß, durch welchen im Fall Ihrer Genehmigung die Verfassung anzunehmen sein würde, auch das Wahlgesetz in der Fassung, in welcher der Ausschuss dasselbe jetzt beantragt, aufzunehmen. Er wird hierbei durch folgende Erwägungen bestimmt. Wenn gleich das Wahlgesetz nicht einen Theil der Verfassung bilden soll, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Hauptprincipien des Wahlgesetzes in einem innigen Zusammenhange mit der Verfassung stehen, wie denn ja auch die Verfassungen der meisten Staaten, indem sie das Wahlgesetz in seinen Details der Gesetzgebung überwiesen, doch einzelne wesentliche Grundsätze desselben aufgenommen haben. Soll nun die gesammte Verfassung durch einen einzigen Beschluß angenommen werden, kann aber ein solcher Beschluß allein auf dem oben angedeuteten

Wege zu Stande kommen, daß der Einzelne, weil er das ganze Werk und seine rasche Vollendung dem Vaterlande förderlich glaubt, seine Ansicht über Einzelnes unterordnet, so ist nicht zu verkennen, daß kein solches Gesamturtheil für sehr Viele unmöglich sein würde, wenn alle und jede Festsetzung über das Wahlrecht von dem zur Genehmigung vorliegenden Ganzen ausgeschlossen bliebe. Es scheint dem Ausschusse daher weder billig noch zweckmäßig, einen Gesamtbeschluß über die Verfassung in der Weise hervorzurufen, daß dabei die Gestaltung des Wahlgesetzes, nach welchem die nächsten Wahlen zum Volkshaufe vorzunehmen sein werden, gänzlich in der Schwebe bleibe. Bei den Vorschlägen nun, die er Ihnen demnach für das Wahlgesetz zu machen hat, hat der Ausschuss geglaubt, bei der gegenwärtigen Sachlage nicht sowohl auf die früheren Ansichten seiner Mehrheit, welche die Mehrheit der Nationalversammlung nicht getheilt hat, zurückkommen, als vielmehr im Wesentlichen den Beschlüssen der ersten Berathung mit Rücksicht darauf, ob eine Änderung derselben bei der zweiten Lesung wahrscheinlich sein würde — folgen, und er hat von diesem Gesichtspunkte aus auf den Vorschlag einer Beschränkung des Wahlrechts verzichtet zu müssen geglaubt. Mögen diejenigen, bei welchen in Betreff der in erster Berathung beschlossenen Ausdehnung des Wahlrechts Bedenken abwalten, sie in der Zuversicht aufgeben, daß der patriotische Aufschwung, von welchem Deutschland die Rettung seiner Einheit und seiner Freiheit zu erwarten hat, auch die bevorstehenden Wahlen beherrschen, und in vaterländischem Sinne lenken werde! Nur auf einem Punkte, auf welchen der Ausschuss gerade für den moralischen, patriotischen Charakter der Wahlen hohen Werth legt, und auf welchem seine Ansicht nur mit wenigen Stimmen in der Versammlung unterlegen ist, hält er es für seine Pflicht, seinen früheren Antrag zu wiederholen, indem er die Deffinitivität der Abstimmung neuerdings vorschlägt. Außerdem beantragte er mit Rücksicht darauf, daß, so lange Deutsch-Oesterreich in dem deutschen Volkshaufe nicht vertreten sein wird, die Zahl der Mitglieder desselben nach dem früher angenommenen Maßstabe eine zu geringe sein würde, eine Vermehrung der Wahlkreise durch Herabsetzung der erforderlichen Bevölkerung.

In der Verfassung selbst sind jetzt nur diejenigen Veränderungen vorzunehmen, welche, so lange Oesterreich nicht beiträgt, durch die Natur der Sache und durch die Rücksicht auf billige Ansprüche erfordert werden.

Der Vorschlag des Ausschusses ist demnach auf folgenden Beschluß gerichtet, welchen derselbe als ein Ganzes, über welchen durch eine einzige Abstimmung zu entscheiden sein wird, betrachtet.

- 1) Die gesammte deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung und nach möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen durch den Verfassungsausschuss redigirt vorliegt, durch einen einzigen Gesamtbeschluß anzunehmen: jedoch mit den Modificationen, daß
 - a) nunmehr §. 1. folgende Fassung erhalte:

„Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des deutschen Bundes unter folgenden näheren Bestimmungen:
 „den österreichischen Bundesländern wird der Zutritt offen gehalten,
 „die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten;“
 - b) daß, so lange die österreichischen Bundesländer dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, die nachfolgenden Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhaufe erhalten, nämlich:

Bayern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Württemberg 12, Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.
- 2) Dem nächsten nach Einführung der Verfassung zusammentretenden Reichstage das Recht vorzubehalten, in seiner ersten Sitzungsperiode Änderungen einzelner Bestimmungen der Verfassung in Gemeinschaft mit der Reichsregierung in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu beschließen.
- 3) Durch denselben Gesamtbeschluß auch das Wahlgesetz, so wie dasselbe in erster Lesung angenommen wurde, nunmehr definitiv zu genehmigen, jedoch mit den beiden Modificationen, daß
 - a) so lange die österreichischen Bundesländer dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, in §. 7 die Zahl von 100,000 auf 75,000, und dem entsprechend in den §§. 8 und 9, von 50,000 auf 40,000 herabgesetzt werde, auch die Punkte sub 6 und 7 der Reichswahlmatrikel, so wie die besondere Bestimmung wegen Lübeck in §. 9 wegfallen.
 - b) daß in §. 13 die früher vom Verfassungsausschuss vorgeschlagene Fassung: „das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protocoll abgegeben werden,“ angenommen werde.
- 4) Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde Sr. Majestät dem Könige von Preußen zu übertragen.
- 5) Das feste Vertrauen auszusprechen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch mit diesem Beschluß übereinstimmen, und seine Verwirklichung mit aller Kraft fördern werden

6) Zu erklären, daß so fern und so lange der Eintritt der deutsch-österreichischen Lande in den deutschen Bundesstaat und seine Verfassung nicht erfolgt, die Herstellung eines möglichst innigen und brüderlichen Bundes mit denselben zu erstreben sei.

7) Zu beschließen, daß die Nationalversammlung versammelt bleibe, bis ein Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten sein wird.

I. Minoritätsverachten. Die Nationalversammlung wolle über den Welcker'schen Antrag zur Tagesordnung übergehen. Schüler aus Jena. Schreiner. Wigard. Römer.

II. Eventueller Antrag. Diejenigen Theile der Reichsverfassung, bei welchen eine zweite Lesung noch nicht stattgefunden hat, werden in der Weise bei der zweiten Lesung zur Annahme oder Verwerfung gestellt, daß jede Diskussion über den Inhalt der einzelnen Paragraphen ausgeschlossen ist, dagegen über jeden Paragraphen und die hierzu gestellten Minoritätsverachten und sonstigen Verbesserungsanträge die besondere Abstimmung erfolgt. Wigard. Ahrens. Schüler aus Jena. Römer. Schreiner.

III. Minoritätsverachten. Die Unterzeichneten, in Erwägung, daß die deutsche Verfassung auf die Integrität des deutschen Reichs gegründet werden müsse, welche auch in dem deutschen Bunde gewahrt wurde, daß keinem Bundeslande das Recht zur Ausscheidung eingeräumt werden könne, beantragen den §. 1. so zu fassen: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten.“ Ahrens. Fr. Wigard. Schüler aus Jena. Schreiner.

IV. Minoritätsverachten. Die Unterzeichneten beantragen, daß die in dem Vorschlage, das Wahlgesetz in die Gesamttaftimmung über die Verfassung aufzunehmen, enthaltene Ausnahme hinsichtlich des öffentlichen Stimmabgebens bei den Wahlen nicht angenommen werde. Ahrens. Fr. Wigard. (eventuell). Schreiner. Mittermaier.

V. Eventuelles Minoritätsverachten. Für den Fall, daß die Mehrheit der Nationalversammlung nach dem Welcker'schen Antrage beschließt, die deutsche Kaiserkrone dem Könige von Preußen erblich anzutragen, möge diesem Anerbieten die Bedingung hinzugefügt werden: „daß die einzelnen Provinzen des preussischen Staates sich zu eben so vielen besonderen, zum deutschen Reiche gehörigen Staaten konstituieren. Schüler aus Jena. Fr. Wigard. Ahrens. Römer (namentlich im Hinblick auf das Mißverhältniß der Stimmen der fabriktreibenden Staaten im Staatenhaufe). Gülich. Schreiner.

VI. Eventueller Antrag. Es möge bei dem Vorschlage wegen Abänderung der Stimmenzahl im Staatenhause der vom Abgeordneten Zell und Genossen, auf Seite 6 der Minoritätsverachten zur Vorlage für die zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung gestellte Antrag, zu §. 95. aufgenommen werden. Fr. Wigard. Schüler aus Jena. Ahrens. Römer. Schreiner.

VII. Sondergutachten. Die deutsche verfassungsgebende Nationalversammlung beschließt: 1) Angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu beschließende Verfassung, gegen solche Eingriffe Auswärtiger in das heiligste Unrecht freier Völker ihre Entrüstung, gegen jeden Deutschen aber, sei er Fürst oder Bürger, welcher landesverrätherisch solche Eingriffe hervorzurufen möchte, den tiefsten Abshen und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die deutsche Nation wie Ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweisen werde. 2) In Betracht, daß die von dem österreichischen Ministerium oecroyirte Verfassung für die Gesamtmonarchie Oesterreichs nicht nur eine Verleugnung der dem ganzen deutschen Volke durch die Nationalversammlung gewährleisteten Grundrechte, sondern auch eine landesverrätherische Losreißung der deutsch-österreichischen Lande vom deutschen Reiche in sich schließt, diese Verfassung in so weit für null und nichtig zu erklären, als ihre Bestimmungen auf die deutsch-österreichischen Lande sich beziehen. 3) In Betracht, daß der an Robert Blum verübte Mord und die hierdurch an den Tag gelegte Verhöhnung des Reichsgesetzes vom 30. September 1848, betreffend das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassungsgebenden Reichsversammlung, bis heute durch die Bestrafung der Schuldigen nicht nur nicht gesühnt worden ist, sondern seitdem die allen Deutschen durch das Reichsgesetz vom 27. December 1848 verbürgten Grundrechte in den deutsch-österreichischen Landen auf die schändlichste Weise fort und fort verlegt werden: dem Reichsministerium aufzugeben, unverweilt auf die Bestrafung der Urheber und Theilhaber sowohl an dem Morde Robert Blum's, als an den übrigen Mordthaten und Freveln zu bestehen. 4) Dem Reichsministerium aufzugeben, diejenige Truppenstärke an der österreichischen Grenze sofort aufzustellen, welche erforderlich ist, die Rechte des deutschen Reichs auf die deutsch-österreichischen Lande mit Nachdruck zu wahren und das loyale deutsch-österreichische Volk, welches sich den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung als dem rechtmäßigen Ausdruck des Gesamtwillens der deutschen Nation anschließt, in seinem Widerstreben gegen den jetzt

in Oesterreich herrschenden Militar-despotismus zu unterstützen. 5) Dem Reichsministerium Vollmacht und Auftrag zu ertheilen, die Beschlüsse unter 2 und 3 mit bewaffneter Hand zur Geltung zu bringen, falls das österreichische Ministerium nicht unverzüglich den Beschlüssen nachkommt.

6) Einen Aufruf sowohl an die Bewohner der deutsch-österreichischen Lande wie an das gesammte Volk mit der Aufforderung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung zu erlassen, um, wenn es die Gefahr des Vaterlandes erheischt, auf den Aufruf der Nationalversammlung sich wie Ein Mann zu erheben, und im Anschlusse an das deutsche Reichsheer die inneren und die äußeren Feinde der Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation zu besiegen. 7) Dem Reichsministerium aufzugeben, über die Ausführung und den Erfolg vorstehender Beschlüsse Bericht an die Nationalversammlung einen Tag über den anderen zu erstatten. 8) Endlich aber in Betracht, daß die Nationalversammlung sich wird ohnedies angelegen sein lassen, das Verfassungswerk in möglichster Beschleunigung zu Ende zu führen, so weit dieses ohne Beeinträchtigung einer gründlichen Berathung thunlich ist, und daß die Annahme einer Verfassung über Bausch und Bogen nicht nur der Würde der Nationalversammlung widerspricht, sondern auch diese von der Mehrheit des Ausschusses vorgeschlagene Annahme über Bausch und Bogen um so bedenklicher ist, als der Ausschuss die wesentlichsten Veränderungen in vielen von der Nationalversammlung bei erster Lesung gefaßten Beschlüssen vorgenommen und neue Anträge aufgenommen hat, und zwar in dem einen wie in dem andern Falle meistens nur mit einer oder einigen Stimmen Mehrheit bei einer Anwesenheit von durchschnittlich nur 16, 18 bis 20, höchst selten 24 Ausschussmitgliedern, so daß also bei der Annahme der Verfassung über Bausch und Bogen die Stimme nur eines oder einiger weniger Ausschussmitglieder in den wichtigsten Bestimmungen der Verfassung allein maßgebend sein würde,

über den Antrag des Abgeordneten Welcker unter 2—8 zur Tagesordnung überzugehen.

Fr. Wigard. Schüler aus Jena.

Frankfurt a. M., d. 15. März. Eben wird die Berathung über die Anträge Welcker's auf Sonnabend (17. März) durch Beschluß der Versammlung festgestellt. Der 19. oder 20. März wird also die Entscheidung bringen, ob Deutschland es vermag, sich in Wahrheit und Wirklichkeit zu einem Gesamtlieben der Nation zu erheben, ob es fähig ist, sich zu einem Staatskörper zusammenzufassen, ob es im Stande ist, die einzig mögliche Gestalt, die einzig feste Garantie dieser Einheit in der Erbllichkeit des Oberhauptes (nach welcher ehedem viele Jahrhunderte hindurch vergeblich gerungen worden ist) zu erreichen. Was die Fürsten Deutschlands im Bunde mit der römischen Kirche zerrissen haben, was der Bundestag von Neuem anzustreben niemals sich erlaubte, die nationale Einheit: möge ihre Herstellung denn endlich den Boten des Volkes, nach so langer, so treuer und unermüdlicher Arbeit gelingen! Die rechte Seite des Hauses bringt der glücklichen Vollendung des Werkes ein großes Opfer, aber freudigen Herzens, denn sie ist der Meinung, daß kaum ein Preis zu hoch sein könne, der für die Einheit Deutschlands gezahlt werde. Sie wird einem Wahlgesetz zustimmen, welches ihr über die Grenzen der Demokratie, über den Kreis des gesunden Volkslebens, über den Kern des Volks hinauszugreifen scheint. Wenn auch der Dchokratie, so ist die rechte Seite sich bewußt, niemals der Demokratie feindlich gewesen zu sein, und die Herzen schlagen auf dieser Seite des Hauses schwerlich minder warm für die Sache des deutschen Volks, als auf der andern. Wohl hat man sich hier den verheerenden Sturmfluthen der Massenherrschaft, niemals dem befruchtenden Strome der Volksherrschaft widersetzt. Und eben in diesem Sinne der volksmäßigen Freiheit, der Bildung des Volks zu unabhängiger politischer Mündigkeit und Gesinnung, will diese Seite die öffentliche Abstimmung bei den Wahlen, die den Principien der Linken nimmermehr entgegensteht. — Die Wahlen in Böhmen und Mähren, welche dort „unter gehöriger Rücksichtnahme auf etwa vorkommenden aufrührerischen Widerstand“ möglichst schnell vorgenommen werden sollten, scheinen ihren Erfolg zu haben. Brihörden wenigstens heute unter der Zahl der neu eintretenden

Deputirten einen unverkennbar *tschechischen Namen*. — Der Ausdruck der ersten Berliner Kammer über die deutsche Frage ist freudig begrüßt worden, weil merklich bestimmter und prägnanter, als der Entwurf der Adresse ihn vorschlug. Auch sonst lauten die Nachrichten aus Berlin günstig. (R. C.)

Frankfurt a. M., d. 15. März. Dem Abgeordneten Welcker gehen vielfach Dank-Adressen zu. Es freut uns, melden zu können, daß auch Wydenbrug die Reihen der kaiserlichen Partei verstärkt hat, wahrlich kein geringer Zuwachs. Er, welcher die schärfsten Waffen gegen uns geführt, wird auch zu unseren tapfersten Vorkämpfern gehören. Auch v. Radowiz ist im Weidenbusch gewesen.

Frankfurt a. M., d. 16. März. Nach ziemlich sicheren Ueberfichten besteht kein Zweifel mehr, daß die Anträge des Verfassungsausschusses bezüglich des Welcker'schen Vorschlags die Mehrheit erlangen werden. Die im Weidenbusch vereinigten Stimmen würden zu diesem Zwecke auch genügen. Die Majorität der drei Fractionen der Linken wird sich den Anträgen nicht anschließen, sie glaubt sich durch ihre Principien daran verhindert — wohl aber eine nicht unbedeutende Minorität.

Freiburg, d. 12. März. Die Parteien, welche sich hier im süddeutschen Breisgau gebildet, verschwänden täglich mehr und lösen sich alle in den vom Bürgermeister Rottke gebildeten Vaterländischen Verein auf. Die Nachricht, daß unsere Truppen wie die benachbarten württembergischen nach Schleswig ziehen und das Land durch preussisches Militär besetzt werden soll, hat eher Freude denn Verdruss erregt, indem die preussischen Schaaren sich beliebter zu machen wußten, als die Landeskinder.

Kastatt, d. 13. März. Heute Morgen 7 Uhr sind Struve und Blind mittelst des regelmäßigen Personenzuges unter starker Bedeckung nach Freiburg abgeführt worden.

Prag, d. 14. März. Heute Abend findet zu Ehren der ehemaligen Reichstagsdeputirten Borrosch und Rieger ein glänzender Fackelzug statt, woran die Nationalgarde sich theilnehmen will. Die Garnison ist consignirt. Zwischen Prag und der Festung Theresienstadt herrscht lebhafter Courierwechsel. Die äußere Ruhe wird unserer Ueberzeugung nach schwerlich gestört werden. Auf dem Lande, namentlich in ertlichen Deutschböhmisches Städten, herrscht Gährung. Es sind unter den Tschechen selbst zahlreiche Stimmen laut geworden, welche die Vornahme der Frankfurter Wahlen in den Tschechischen Bezirken wünschen. Dieser Plan wird indeß noch vielfältig bestritten und ist keineswegs als gereift anzusehen. — Aus dem Süden sind wichtige Nachrichten eingelaufen. In Agram ist die Kunde von der octroyirten Verfassung mit dem entschiedensten Mißfallen aufgenommen worden. Der „Clawenski Zug“ führt eine der Dynastie förmlich drohende Sprache. In der Serbischen Wojwodschast ist die Kunde von der Octroyirung noch nicht bekannt geworden. Indesß waren auch dort schon mächtige Zermürnisse vorgekommen. General Theodorovich, Haupttheerführer der Serben, welcher auf Befehl des Fürsten Windischgrätz dem Feldmarschalllieutenant Rukawina hätte untergeordnet werden sollen, erklärte, von dem Patriarchen, als dem Träger des Volkswillens, sein Mandat erhalten zu haben, und verpflichtete sämtliche Offiziere seines sehr zahlreichen Corps (mindestens 36,000 Mann), nur seinen Anordnungen zu gehorchen. Es schien nämlich auf eine Zertheilung dieser Truppe abgesehen. Theodorovich wird daher jetzt eben so von den Slaven vergöttert, als Zellschich in den Staub gezogen wird. Die Slovanska Lipa ließ sein Bild buchstäblich in die Kumpeltammer werfen. Der Patriarch Rajachich hatte gleichfalls den Ministerialbefehl, alle nationalen Ausschüsse und von ihm bestellten Obrigkeiten vorläufig aufzulösen und die Organisirung der Wojwodschast von Wien zu erwarten, ableh-

nend beantwortet. Damit stimmt denn vortrefflich zusammen, was wir vor etlichen Wochen in Betreff von Debreczin nach Carlowitz reichender Fäden berichteten, sowie sich damit auch die Ernennung Stratimirovich zum Croatischen Ban (durch Kofuth nämlich) erklärt. Eine Krise von unermeßlichem Ernste ist im Anzuge. (L. 3.)

Wien, d. 15. März. Durch ein kaiserl. Patent vom 7. März wird das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden aufgehoben; eine Entschädigung der dazu vorher Berechtigten findet, mit Ausnahme erweislicher specieller Vertragsfälle, nicht statt. Jagdfrohnen und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Die Jagdgerechtigkeit in geschlossenen Thiergärten bleibt aufrecht. Dem Besitzer eines zusammenhängenden Grundkomplexes von wenigstens 200 Joch wird das Jagdrecht auf demselben gestattet. Auf allen übrigen innerhalb einer Gemeindegemarkung gelegenen Grundstücken wird die Jagd der betreffenden Gemeinde zugewiesen, die sie zur Repartition unter ihre Glieder zu verpachten hat. Die zweite, vom 4. März datirte Verordnung betrifft die Anordnung eines allgemeinen Reichsgesetzes und der Regierungsblätter in allen landesüblichen Sprachen. Dem nichtdeutschen Leserte ist stets die deutsche Uebersetzung beizufügen. Die Veröffentlichung auf diesem Weg ist als die einzige gesetzlich vorgezeichnete Kundmachungsort der Gesetze und Verordnungen zu betrachten, und die bindende Kraft derselben tritt in der Regel nach dem 30. Tage der Veröffentlichung ein.

Wien, d. 16. März. Die „Wien. Ztg.“ enthält nachstehende telegraphische Depesche aus Cilli: Feldmarschall-Lieutenant Baron Hess an den Minister-Präsidenten Fürsten Schwarzenberg:

„Der Waffenstillstand wurde am 12. März von Seiten Piemonts aufgekündigt, wonach die Feindseligkeiten am 19. und 20. beginnen können. Mailand, am 12. März 1849.“

So eben erhaltenen Nachrichten zufolge, befinden sich die ungarischen Insurgenten: Generale Perczel und Graf Kasimir Bathyani in der Gegend von Szolt und Kalocsa, wo sie das dortige Landvolk zum Landsturme aufbieten. Von Pesth waren vorgestern Truppen mittelst Dampfböten nach jener Gegend entsendet worden.

Italien.

Rom, d. 6. März. In Aussicht auf unberechenbare Ereignisse sind die päpstlichen Archive, welche den Katholizismus in so hohem Grade interessiren, unter das Siegel der französischen Nation gelegt worden. Guiccioli, Finanz-Minister, hat sein Portefeuille niedergelegt.

Modena, d. 6. März. Unsere Herzogliche Haupt- und Residenzstadt machte seit einiger Zeit Miene, sich der Central-Republik anzuschließen. In Folge dessen zogen die Oesterreicher einen Truppen-Gordon um unsere Stadt und zwangen die Bürgerwehr, ihre Waffen abzugeben. Sechzehn Wagen, mit Bomben beladen, wurden heute in die Stadt gefahren. In der Stadt herrscht Schrecken.

Turin, d. 10. März. Die gestrige Deputirten-Sitzung war überaus wichtig. Das Ministerium verlangte darin auf drei Monate die Aufhebung der Gesetze, welche die persönliche Freiheit garantiren; ferner die Vollmacht zur Kontrahirung eines Anlehens von 50 Millionen im Auslande und eines freiwilligen Anlehens im Inlande. Zwei Millionen Francs wurden sofort zur Bewaffnung der Bürgerwehr verfügt. Der Herzog von Savoyen ist zum Ober-Befehlshaber des Heeres ernannt worden. General Ehrzanowski will nach eigenem Wunsche nur die zweite Stelle einnehmen.

Großbritannien und Irland.

London, d. 13. März. Im Unterhause wurde gestern die Debatte über die zweite Lesung der Bill zur Aufhebung der bisherigen britischen Schiffahrts-Gesetze wieder aufgenommen. Herr Gladstone wies nach, daß Großbritannien's Schiffahrt sowohl nach dem Auslande, wie nach den Kolonien, an Tonnagehalt in weit rascherem Maße zugenommen habe, seitdem in den Schiffahrts-Gesetzen eine Ermäßigung eingetreten. Das auf Verwerfung der Bill gerichtete Amendement des Herrn Harries wurde schließlich mit 266 gegen 210, also mit einer Majorität von 56 Stimmen verworfen und die zweite Lesung genehmigt. Die Protectionisten begrüßten dies Resultat mit dem lebhaftesten Beifall.

Nach zuverlässigen Handelsbriefen, die gerade bei Abfahrt des Paketboots von Bombay geschrieben wurden, war dort nach dem „Cheltenham Journal“ unter den Eingebornen in den Bazars die für zuverlässig geltende Nachricht verbreitet, daß eine zweite furchtbare Schlacht zwischen Lord Gough und Sehre Singh statt gefunden habe, in welcher die Briten entschieden gesiegt und die Sikhs über den Jhelum getrieben hätten. Eine Liverpooler Zeitung meldet das selbe und setzt hinzu, daß die Eingebornen solche Nachrichten in der Regel früher bekämen, als die Regierung, und daß sie keineswegs Neigung hätten, Siege der Briten auszusprechen, wenn sie nicht von der Zuverlässigkeit der Thatsache überzeugt seien.

London, d. 14. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses ersuchte Herr G. Sandars den Staats-Secretair für die auswärtigen Angelegenheiten um Aufschluß darüber, wie es gegenwärtig mit der schleswig-holsteinischen Frage stehe, ob Grund zu der Besorgniß sei, daß bei Ablauf des Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen, am 26. d., eine Erneuerung der Feindseligkeiten nebst einer Blokade der zum deutschen Bunde gehörenden Häfen erfolgen würde, und ob für diesen Fall das Eigenthum britischer Kaufleute, sei es auf britischen oder fremden Schiffen, von Wegnahme und Verfall befreit sein werde. Lord Palmerston antwortete, die von dem ehrenwerthen Mitgliede an ihn gerichtete Frage sei von großer Wichtigkeit für Großbritannien und für den Handel des nördlichen Europa's. Es liege unendlich viel daran, daß die jetzt über die schleswig-holsteinische Sache schwebenden Unterhandlungen zu einem glücklichen Ende gelangten. Allerdings habe die dänische Regierung, wie das ehrenwerthe Mitglied in seiner Frage erwähne, die Anzeige gemacht, zu welcher sie durch die Bedingungen der Uebereinkunft über die schleswig-holsteinische Frage berechtigt sei, nämlich den Waffenstillstand mit dem 26. d. M. endigen zu lassen; aber in dieser Anzeige an die beteiligten Parteien habe sie zugleich officiell und schriftlich erklärt, daß es nicht ihre Absicht sei, die Feindseligkeiten wieder zu beginnen, und daß ihr Zweck bei der Kündigung des Waffenstillstandes vielmehr dahin gehe, eine andere Uebereinkunft in Hinsicht auf die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu treffen. Was nun den jetzigen Stand der Unterhandlungen anbelange, so könne er nur so viel sagen, daß die britische Regierung keine Mühe sparen werde, die beiden einander gegenüberstehenden Parteien zu einer Verständigung zu bringen, nicht nur über die Punkte in Bezug auf die Einstellung der Feindseligkeiten, sondern auch über die Grundlagen, auf denen eine dauerhafte Uebereinkunft abgeschlossen werden könnte. Es sollte von Seiten der britischen Regierung, dessen könne er das Haus versichern, an keiner Bemühung fehlen, diese Zwecke zu erreichen; und wenn er die außerordentliche

Größe der auf dem Spiel stehenden Interessen und die ausgedehnten, ernstesten und in der That unheilvollen Folgen erwäge, die aus einem neuen Bruch zwischen den streitenden Parteien entspringen würden, so könne er nicht umhin, die Ueberzeugung zu hegen, daß der verständliche Geist, welcher beide Theile beseele, sie recht bald zu einer billigen Verständigung mit Hinsicht auf die schließliche Regulirung der Frage führen werde.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)

Halle, den 17. März.

Weizen	1 $\frac{1}{2}$ 23 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$ bis 2 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
Roggen	— 23 — 9 — — — 27 — 6 —	—	—	—	—
Gerste	— 22 — 6 — — — 26 — 3 —	—	—	—	—
Hafer	— 15 — — — — — 17 — 6 —	—	—	—	—

Magdeburg, den 17. März. (Nach Wispeln.)

Weizen	43 — 51 $\frac{1}{2}$	Gerste	20 — 22 $\frac{1}{2}$
Roggen	25 — 27 $\frac{1}{2}$	Hafer	14 — 16 $\frac{1}{2}$

Quedlinburg, den 14. März. (Nach Wispeln.)

Weizen	36 — 48 $\frac{1}{2}$	Gerste	17 — 20 $\frac{1}{2}$
Roggen	24 — 28 $\frac{1}{2}$	Hafer	14 — 16 $\frac{1}{2}$

Raffinirtes Rübol, der Centner 14 $\frac{1}{2}$ —15 $\frac{1}{2}$.

Rübol, der Centner 14—14 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$.

Leinöl, der Centner 11 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$.

Nordhausen, den 17. März.

Weizen	1 $\frac{1}{2}$ 14 $\frac{1}{2}$ bis 1 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$	Gerste	— $\frac{1}{2}$ 23 $\frac{1}{2}$ bis — $\frac{1}{2}$ 29 $\frac{1}{2}$
Roggen	— 23 — — — 29 —	Hafer	— 14 — — — 18 —
Rübol, der Centner	14 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$.		
Leinöl, der Centner	12 $\frac{1}{2}$.		

Wasserstand der Saale bei Halle

am 18. März Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 10 Zoll.

am 19. März Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 9 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 17. März Nr. 0 und 4 Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 18. bis 19. März.

- Im Kronprinzen:** Frau Stadtrath Günther a. Frankfurt. Die Hrn. Kaufm. Brunert a. Berlin, Overlad a. Köln, Neubaur a. Frankfurt, Köhler a. Celle, v. Bederath a. Grefeld, Kropplin a. Hamburg, Wassermann a. Bremen.
- Stadt Zürich:** Die Hrn. Kaufm. Michels a. Essen, Alterthum a. Berlin, Schweinhagen a. Braunschweig. Hr. Posthalter Kunert a. Liebenwerda. Hr. Prof. Dr. Wendler a. Leipzig. Hr. Oberstaatsr. v. Weise a. Essingburg.
- Goldner Ring:** Hr. Inspector Pagschke u. Hr. Buchhalter Planer a. Leipzig. Hr. Mühlbes. Ostermann a. Brandenstein. Hr. Gutsbes. Walther a. Bleicherode.
- Englischer Hof:** Die Hrn. Kaufm. Drv a. Mainz, Merd a. London. Hr. Gastw. Nebel a. Leipzig. Hr. Diak. Rischner a. Grimer.
- Stadt Hamburg:** Hr. Fabrik. Schulze a. Berlin. Hr. Dekon. Schmeißer a. Bornstedt. Hr. Apoth. Häfler a. Gisleben. Die Hrn. Kaufm. Brehmer a. Saalfeld, Hoffmann a. Montjoie. Hr. Cand. Einmann a. Braunschweig.
- Schwarzen Bär:** Hr. Kaufm. Leonhardt a. Regensburg. Hr. Kunstgärtner Bretschneider u. Hr. Schuhmachermstr. Dsang a. Ilfenburg. Hr. Schausp. Bentel a. Ludwigsburg.
- Goldne Kugel:** Die Hrn. Kaufm. Barlig a. Oera, Gebr. Scheier a. Schwarzja, Fleischer a. Kassel, Stadtrath a. Erfurt. Hr. Apotheker Schulze a. Bunzlau. Hr. Kammacher Schmidt a. Harburg. Hr. Cand. Glaser a. Meseritz.
- Zur Eisenbahn:** Hr. Baron v. Langenberg u. die Hrn. Rittergutsbes. v. Kossow u. v. Behr-Negebank a. Mecklenburg. Hr. Kaufm. Klein u. Hr. Dr. phil. Dffer a. Berlin, Sontag a. Halberstadt.

Bekanntmachungen.

Jahr- und Viehmarkt.

Da wir höhern Orts die Genehmigung zur Abhaltung eines dritten Jahr- und Viehmarktes erhalten haben, so bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß derselbe von diesem Jahre ab, und zwar der Viehmarkt Sonnabends vor

und der

Jahrmarkt Montags und Dienstags nach Cantate jeden Jahres

abgehalten werden soll, wogegen der den Donnerstag nach Pfingsten jeden Jahres bisher hier abgehaltene Viehmarkt hiermit für immer aufgehoben wird.

Mit Rücksicht des hier zu den Jahr- und Viehmärkten bisher stattgefundenen großen Verkehrs wünschen wir, daß auch dieser neue Markt, besonders wegen der schönen Jahreszeit, in der er fällt, umsomehr von den Käufern und Verkäufern recht zahlreich besucht werden möchte, da derselbe mit anderen umliegenden Märkten nicht in Berührung kommt und wir in den drei ersten Jahren auf demselben weder Stättegeld noch sonstige Abgaben von dem handeltreibenden Publikum erheben lassen werden.

Schölen, den 1. März 1849.

Der Magistrat.
Ritter.

Es wird ein Schulamts-Candidat unter annehmbaren Bedingungen gesucht. Das Nähere beim Apotheker Licht in Gräfenhaynchen.

Ein ordentlicher, zuverlässiger, außerdem mit guten Zeugnissen versehener versehener Schaffknecht findet von jetzt an einen Dienst bei dem Gutsbesitzer Chr. Thiele in Eismannsdorf.

1 Wispel schwarze Saamenwicen sind zu kaufen bei Chr. Thiele in Eismannsdorf.

Ein tüchtiger Hofmeister, der auch verheirathet sein kann und mit Zeugnissen seiner Brauchbarkeit versehen ist, findet zu Johannis d. J. bei mir einen guten Dienst.

Plözk, den 14. März 1849.

A. Weigand.

Stadt-Theater in Halle.

Mittwoch den 21. März. Auf Verlangen: **Popf und Schwerdt**, Original-Lustspiel in 5 Akten von Dr. Gukow.

Howland & Sohn in London

weltberühmtes **Macassar-Öel**, das einzig Haare hervorbringt und erhält, so wie **Odonto**, ein Zahnpulver zur Erhaltung und Verschönerung der Zähne, ist in Halle nur allein bei **Joh. Ant. Vernice** zu haben.

Windsorseife, so wie **Mandelseife** von **Howland & Sohn** in London ist in Halle einzig nur bei **Joh. Ant. Vernice** zu haben.

Verkauf von Gußeisenwaaren.

Am Mittwoch den 21. März, Vormittags von 9 Uhr an, soll im Lokal des Königl. Pachtbros hier selbst eine Quantität von circa 140 G Gußeisenwaaren, als: neue Heizöfen, Bett- und Sopha-Gestelle, Räder zu Maschinen, sonstige verschiedene Maschinentheile, auch Bruchseisen, gegen sofortige baare Zahlung in Preuß. Courant öffentlich und meistbietend verkauft werden.

Agentur der Königl. Darlehns-Kasse zu Halle.

Ein Mädchen von gesetzten Jahren wünscht Familien-Verhältnisse halber zu Ostern außerhalb Halle einen Dienst, etwa eine kleine Wirthschaft zu führen, oder der Hausfrau zur Hand zu gehen; es wird mehr auf eine solide Behandlung wie auf großen Lohn gesehen. Das Nähere zu erfragen Strohhofspitze Nr. 2120.

Donnerstag den 15. d. M. ist von Trotha bis nach dem Eisenbahnhof eine Wagenwinde verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbige gegen eine angemessene Belohnung im Gasthof zum Rehbock in Trotha abzugeben.

Bettfedern-Verkauf.

Ich empfehle mein Lager von allen Sorten feingerissenen, böhmischen Bettfedern und Daunen, Schwanensehern und Daunen, und zeige einem geehrten Publikum besonders ergebenst an, daß ich bis zum 30. dieses Monats selbst hier bleibe und zu möglichst billigen Preisen verkaufe, um den bedeutenden Vorrath in etwas zu vermindern. Das Verkaufsort ist im schwarzen Adler, wie bekannt, vor dem Steintor.

Joseph Pöschl,
Bettfedernhändler aus Böhmen.

Das 19. Infanterie-Regiment hat in Halle a/S. eine so ausgezeichnet freundliche Aufnahme gefunden, während der Dauer seines Aufenthaltes durch seine Bewohner so viel Wohlwollen und Theilnahme erfahren, daß es dem Unterzeichneten ein Bedürfnis ist, dies hierdurch im Namen aller Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der hier stationirt gewesenen Abtheilungen des 19. Infanterie-Regiments bei dem bevorstehenden Abmarsche nach Alrenburg auch öffentlich auf das Dank-

barste mit der Versicherung anzuerkennen, daß uns die Erinnerung daran stets werth und theuer sein und bleiben wird.

Halle a/S., den 17. März 1849.

Blumenthal,
Oberst und Regiments-Commandeur.

Durch den unerwartet eingetretenen Abmarsch verhindert, persönlich Abschied zu nehmen, erlaube ich es mir, mich auf diesem Wege allen Bewohnern von Halle a. d. S. auf das Herzlichste zu empfehlen, mit denen ich das Glück hatte, näher bekannt geworden zu sein.

Halle a/S., den 17. März 1849.

Blumenthal,
Oberst und Regiments-Commandeur.

Allen, die meinem hoffnungsvollen Sohne bei seinem Begräbniß so viel Liebe erwiesen haben, besonders seinen theuern Lehrern, von denen der eine Worte an seinem Grabe sprach, die mir immer Trost gewähren werden, und treuen Mitschülern aus der Prima der lat. Hauptschule, die ihn so schön und ehrenvoll beerdigt haben, sowie denen, die ihn in seiner Krankheit durch ihre Besuche so oft erquickt und erfreut haben, sagt den herzlichsten Dank

Halle, den 19. März 1849.

verw. Pred. Plenk mit ihren
3 Kindern.

Familien-Nachrichten.

Verbindungs-Anzeige.

Statt besonderer Meldung:

Louis Vogel,

Ida Vogel verw. Bartels
geb. Hänert.

Amt Hebeborn, d. 17. März 1849.

Deutschland.

Bernburg, d. 18. März. (Privatm.) Auch wir haben unsre Märztage gehabt. — Wie fast überall, so stehen auch in unserm Ländchen und in unserer Stadt seit längerer Zeit zwei politische Parteien entschieden einander gegenüber, deren Stellung zu einander allmählig eine immer schroffere ward, — eine demokratische und eine constitutionell-conservative, — jene die Linke, diese die Rechte genannt. Der Mittelpunkt der Linken ist ein auch anderwärts hinlänglich bekannter, sogenannter „Verein für Volksrechte“, — der der Rechten, der „constitutionelle Bürgerverein“. — Schon in der Nacht vom 12. bis 13. d. M. wurden Mitglieder des letztern beim Nachhausegehen von einer förmlich organisirten, mit Knütteln und Schießwaffen versehenen Bande verfolgt und angefallen; ein Bürger ward auf eine empörende Weise gemißhandelt und schwer verwundet, ein anderer sogar in seinem Hause belagert. Am Morgen des 16. d. M. läßt das Herzogl. Staatsministerium den Juden Joseph Calm, welcher auf den Dörfern der Umgegend und im Harze in Volksversammlungen aufwiegende Reden gehalten, verhaften und in das Arrestlokal des Land- und Stadtgerichts bringen, damit er dann nach Ballenstädt zu weiterer Untersuchung geschafft werde. Kaum wird dieser Akt der Gerechtigkeit kund, so rotten sich große Massen unter Leitung bekannter Führer in der Nähe jenes Lokals zusammen. Während die Lehren beim Ministerium um Loslassung des r. Calm gegen eine Caution petitioniren, von demselben aber an das Appellationsgericht gewiesen werden, dringt das Volk durch die Fenster des Arrestlokals ein, zertrümmert die Thüren, befreit seinen Schützling, führt ihn im Triumphe zum Appellationsgerichte und stürmt auf die dort versammelten Räte und Beamten unter den fürchterlichsten Drohungen ein. Der Volkshaufe vergrößert sich von Minute zu Minute und nimmt eine immer drohendere Haltung an. Da befiehlt das Ministerium der bewaffneten Macht, das Appellationsgericht zu schützen und den r. Calm wieder in Gewahrsam zu bringen. Zwei Compagnieen Jäger, unter Anführung ihres Commandeurs, des Hauptmanns v. Trübschler, rücken vor das Gebäude und werden dort auf das Schmählichste insultirt. Eine siebenmalige Aufforderung von Seiten des Commandeurs, auseinander zu gehen, widrigenfalls man von den Waffen Gebrauch machen werde, ist erfolglos. Die Wuth des Pöbels steigert sich, die Insulten nehmen überhand, der Haufe, dem Einer mit rother Fahne vorangeht, sucht einzelnen Jägern die Waffen zu entreißen; da fallen aus dem Gebäude und in der Nähe desselben 5 bis 6 Schüsse auf die Truppen und verwunden zwei Jäger leicht. Der Befehl, von den Waffen Geb auch zu machen, wird nun gegeben, und 11 Tode und 14 Verwundete sind das Opfer dieses beklagenswerthen Excesses, in dem die Truppen mit einer nicht genug anzuerkennenden Ruhe, Mäßigung und Bravour sich benommen haben. Die Führer und Anstifter sind, wie gewöhnlich, entflohen; ja man will auch vorher fremde, verdächtige Gesichter bemerkt haben. — Die Stadt ward in Belagerungszustand erklärt, die Hülfe auswärtiger Truppen in Anspruch genommen und demgemäß rückten am 16. Abends 2 Schwadronen des 10ten Husarenregiments und eine Compagnie des Göthenschen Militärs ein. Die Ruhe ist wieder hergestellt und bis jetzt nicht wieder gestört worden; auch hat die Bürgerwehr, welche aufgelöst wurde, mit großer Bereitwilligkeit ihre Waffen abgeliefert.

Kunst-Nachricht.

Die Versammlung der Sing-Akademie fällt bis auf weitere Bekanntmachung aus.

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, d. 17. März.

Die Wichtigkeit der heutigen Verhandlungen, die Spannung, mit welcher alle Welt dem Verlauf und dem Ausgang derselben entgegen sieht, hat die Zuschaueräume schon frühzeitig gefüllt. Bereits um halb neun Uhr sind sämtliche Plätze auf den Galerien sowohl, wie im Saale selbst dicht besetzt. Vor 8³/₄ Uhr ist das Bureau und der Platz des dienstthuenden Schriftführers von Abgeordneten, die sich rechtzeitig ums Wort melden wollen, dicht umlagert. Mit dem Glockenschlage 8³/₄ Uhr beginnt, der Geschäftsordnung gemäß, die Einschreibung, und von diesem Moment an wird das Drängen immer lebhafter und das Rufen immer lauter. Bis zur Eröffnung der Sitzung gewahrt man vereinzelte Gruppen Abgeordneter, in lebendigem Gespräch miteinander verkehrend. Um 9¹/₄ Uhr eröffnet Präsident Simon die Sitzung. Die Verlesung des Protocolls der vorigen Sitzung geht unter der gewöhnlichen Unaufmerksamkeit vor sich.

Der Uebergang zur Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Rießer über den Welcker'schen Antrag erstatteten Berichts. Außer den in dem Bericht gestellten Anträgen sind mehrere Amendements eingebracht, von denen namentlich die Verlesung des Antrags der Herren Heschler, Beda Weber und Genossen Aufmerksamkeit, beziehungsweise Heiterkeit erregt, da in demselben davon gesprochen wird, die Reichsversammlung solle eine Deputation nach Wien schicken, um die endliche Erklärung der österr. Regierung entgegen zu nehmen. Auch der Verbesserungsantrag Kasaul's: — in Erwägung, daß der König von Preußen zu wiederholtenmalen erklärt hat, daß die deutsche Kaiserwürde, wenn sie wieder hergestellt werden sollte, nicht ihm, sondern dem österreichischen Kaiser gehöre; in fernerer Erwägung, daß sich die Könige von Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg einstimmig gegen Errichtung des preussischen Kaiserthums ausgesprochen haben, und in Erwägung, daß die österreichischen Erblande mit Deutschland zusammengewachsen seien und in Zeiten der Noth und Gefahr zu Deutschland gestanden, und sie zu trennen ein sittliches Verbrechen und politischer Unverstand wäre, beschließt die Nationalversammlung über den Welcker'schen Antrag ohne Discussion zur einfachen Tagesordnung überzugehen, wird mit Zeichen heiterer Erregtheit aufgenommen. — Außerdem liegen Verbesserungsanträge vor von Radowiz, von Linde, Eisenstuck, Mühl von Hanau. Radowiz und Genossen stimmen in ihrem Antrag dem Welcker'schen Antrage insoweit bei, als sie zuvor die Erklärungen der Einzelregierungen abwarten wollen, ehe man zur Wahl des Oberhauptes schreite, und es allen deutschen Staaten freistellen, sich entweder dem neuen Bundesstaate, oder demselben auf Grundlage der Berträge von 1815 anzuschließen. Ein eventuelter Präjudicialantrag von Berger und Genossen geht dahin, „die Nationalversammlung beschließt, vor der zweiten Berathung der Verfassung die österreichische Note vom 9. März 1849 an einen neu zu wählenden Ausschuss zur schleunigsten Berichterstattung zu überweisen. Zum Wort haben sich gemeldet 60 Redner gegen, 28 für den Antrag; darunter gegen: v. Neumwall, v. Hermann, Bogt, v. Radowiz, M. Mohl, Eisenmann, Ahrens von Salzgitter, Busch, Fröbel, Marsch, Berger, v. Rappard, v. Linde, Wigard, v. Möring, Zimmermann von Stuttgart, Nauwerk, Schloßel, Gfrörer, S. Simon, Reichensperger, Schaffrath, Mar. Simon, v. Dieskau, Würth von Sigmaringen, Niehl von Zwittel, Schuler, Schulz von Darmstadt, Fritsch, Möller, Fischer von Tübingen, Döllinger, Schreiner, Philipp, Butke, Römer, Arng von München; für: Welcker, Weseler von Schleswig, Kch, v. Wddenbrugg, Baig, Burm, Jittel, Mathy, Arndt, Bassermann, v. Keden, Grävell, Rümelin, Macowiczka, Rittermaier, Schubert von Königsberg, Henkel von Kassel, v. Sauten u. a.

Der Vorsitzende will Herrn Neumwall das Wort geben. Auf: der Antragsteller!) Abg. Baig ist der Ansicht, daß man dem Antragsteller das Wort gönnen soll; es sei immer so gehalten worden. Abg. Bogt von Siegen schlägt vor, da Herr Welcker ohnehin als der erste Redner für den Antrag eingeschrieben sei, man demselben zuerst das Wort gönne. Damit ist man einverstanden und Abg. Welcker besteigt die Rednerbühne.

Welcker: Man müsse sich jetzt vor Allem frei machen, sagt er, von Lieblingsvorstellungen, von früher gefaßten Ideen. Indem er jetzt eine bis noch vor wenigen Tagen gehegte Ansicht aufbebe, erfülle er das Wort, welches er bei der Oberhauptsfrage ausgesprochen habe, daß er nämlich mit Freuden für den preussischen Erbkaiser stimmen werde, sobald Oesterreichs Austritt erfolge. Dies sei jetzt geschehen, Oesterreich sei nicht mehr zu gewinnen für den Bundesstaat. Klar und entschieden liegt es vor, daß Oesterreich nicht nur nicht mehr eintreten wolle, sondern nicht mehr eintreten könne. Der Redner geht hierauf in ein Kriterium der österreichischen Note über. Es sei in derselben klar ausgesprochen, daß kein Volkshaus in Deutschland sein solle, sondern nur ein Staatenhaus. Wie also, fragt der Redner die Versammlung, Sie wollen das heilige Mandat, welches Sie erhielten, dem Volk ein Parlament zu schaffen, wegwerfen? Was ist das, was wir als Ziel unserer Wünsche ansahen, aufgeben? Wissen Sie, was man Ihnen bietet? Mit 38 Millionen, zu ¹/₁₀ aus Feinden der

deutschen Nation zusammengesetzt (Widerspruch links), sollen wir vereint, in einem Staatenhaus vereint sein, wo von unserer Seite nur 31 Millionen repräsentirt sind. Es soll uns dann nicht freistehen, uns ebenso zu einigen, wie die 38 Millionen Oesterreicher sich geeinigt. Die Oesterreicher haben einen Erbkaiser, wir sollen ihn nicht haben, sie haben ein Volkshaus, wir sollen es nicht haben. Ist das ein ehrenwerther Antrag an eine ehrenwerthe Nation oder ist das eine Lehngesellschaft? Uebrigens, fährt der Redner fort, wer verbürgt Ihnen die Dauerhaftigkeit der österreichischen Verfassung? Verfassungen liegen in der Hand Gottes. Auch die Oesterreicher werden in Noth kommen in diesem babylonischen Parlament und das Bedürfnis nach einer Einigung wird immer bleiben. Wir wollen jetzt thun, was auch Oesterreich gethan: uns einigen, retten, zusammenschließen, auf gleichen Fuß mit ihm setzen in Volkshaus und Erbmonarchie. Wie sehr man sich wegwerfen würde, wollte man sich jetzt noch in Unterhandlungen einlassen, dies, meint der Redner, brauche er wohl nicht zu sagen. Oesterreich verlange, auf den alten Bund gestützt, wir sollten uns nicht einigen, und Oesterreich habe doch selbst durch seine neue Verfassung den alten Bund verlegt. „Geben Sie Ihr Mandat zurück in die Hände des betrogenen Volkes (ironischer Beifall links) oder sagen Sie sich los von dem unglückseligen Verhältniß mit Oesterreich und seiner neuen Verfassung.“ Die schnelle Annahme der Verfassung habe man von dem Standpunkte deutscher Gründlichkeit bedenklich gefunden; diese Verfassung sei ja aber doch reichlich genug erwogen, überdies werde ja der nächste Reichstag die nothwendigen Aenderungen beschließen können. Wenn Sie den Erbkaiser jetzt nicht annehmen, fährt er dann weiter fort, so werden im Süden, in Mittel- und Norddeutschland Krawalle entstehen, und dann wird die Sabelherrschaft unausbleiblich folgen. (Stimmen links: sie ist schon da.) Und — sagt der Redner zu den Oesterreichern gewendet — Sie sind in der furchtlichsten Lage, in welche Männer verlegt werden können. Sie wünschen mit Deutschland zusammen zu sein, und das bestimmt Sie vielleicht zu thun, was Sie vor Gott und der Welt nicht verantworten können. Wollen Sie uns verderben, wollen Sie uns hindern uns zu ertigen, was Sie haben, wollen Sie uns entgegentreten in dem Augenblick, wo wir unser Vaterland auf dem einzig möglichen Wege retten wollen? Stimmen Sie gegen uns, aber, glauben Sie mir, Sie knüpfen damit kein Band zwischen sich und Oesterreich. (Beifall rechts und von den Centren. Unruhe links.) Wir stehen vor Gott, Vaterland und Geschichte. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Sie wird die Namen derer aufbewahren, die das Vaterland gerettet und derjenigen, die es verrathen haben! (Lang anhaltender kühnster Beifall.)

Abgeordneter Radowiz: Als die Nationalversammlung zusammengetreten, habe man darauf gefaßt sein müssen, daß alle politischen Meinungen darin vertreten sein würden. Dies sei auch der Fall gewesen. Die politischen Parteien aber seien in den Hintergrund getreten, während sich immer mehr die Stammesverschiedenheit in den Vordergrund gedrängt habe, in dem Maße, als sich die Verfassungsarbeit ihrem Ende näherte. Es sei ein alter Spruch, daß man die menschlichen Dinge nicht bloß belachen und beweinern, sondern auch verstehen müsse. Es sei aber sehr zu beklagen, daß eine Leidenschaftlichkeit in das Haus eingekehrt, welche eine Verufung an die Pflicht und das Gewissen der Parteien unmöglich mache. Es sei nun die Stunde gekommen, vielleicht die letzte, in der es sich zeigen werde, ob dies doch einmal geschehen werde, sowohl von Seiten der Delegirten als der Centralisten. Der Redner geht zur Betrachtung der Verhältnisse Oesterreichs über; er berührt die durch die octroyirte Verfassung bewerkstelligte Centralisation der Monarchie und erklärt, daß es ihm ein schmerzlicher Trost sei, daß die Scheidung Oesterreichs von Deutschland nicht von der Nationalversammlung ausgegangen sei. Das Vaterland sei in Gefahr, allein diese Gefahr sei eine mehrfache, sie liege auch in einer fortdauernden Gährung, außerdem, daß sie von Außen drohe. Man solle nicht die Nächstertheiligkeit bei der Constituirung Deutschlands verlegen. Schon durch die Bundesakte sei die Schließung eines engeren Bundes einzelner Staaten im deutschen Bunde zugelassen worden. Die Verfassung sei auf eine gesetzmäßige Weise geschlossen, kein Rechtspruch könne ihr das bestreiten, keine Vermessenheit dürfe so weit gehen, sie durch ein Nachwort zu ersetzen. Allein eben deswegen wolle er, daß man die Einzelregierungen so wenig als möglich verlege und dadurch nicht Wirren im Innern und Gefahr von Außen herbei beschwöre von denjenigen, welche die Verträge von 1815 mit garantirten. Man warte daher die Zustimmung der einzelnen Regierungen ab, weil, wenn man diese habe, Niemand etwas gegen die Constituirung eines Bundesstaates einzuwenden haben würde. Wenn Oesterreich dem engeren Bunde nicht beitrete, so werden seine Abgeordneten aus diesem Hause scheiden müssen. Die mittleren Staaten müßten andere Ansichten und eine andere Handlungsweise annehmen durch die veränderte Stellung, und Preußen, welches von den Einigen herbeigerufen, von den Andern zurückgewiesen werde, während es doch das eine nicht gewollt, das andere nicht verdient habe, werde dahin gedrängt werden, wohnin es eine zweifelhafte Mehrheit in diesem Hause nicht zu stellen und zu halten vermöge. Ein Bruch in Deutschland wäre unvermeidlich, ein viel unerträglicheres Unglück, als

man es sich vielfach in diesem Hause vorzustellen scheine. Man habe es vergessen oder nicht erlebt, was es heiße, Deutschland zum Schauplatz eines allgemeinen Krieges zu machen. Und damals habe man gegen fremde Waffen gekämpft. Darum halte er den Gedanken und die Absicht, etwas zu einem solchen Bruche Führendes von diesem Hause aus hinauszumerfen, unbekümmert darum, ob daraus für Deutschland ein Friedensbote oder Feuerbrand werde, zum wenigsten, um keinen stärkeren Ausbruch zu gebrauchen, für eine Verwegenheit. Der Redner empfiehlt zum Schlusse seinen oben berührten Verbesserungsantrag.

Wurm von Hamburg für den Antrag: Er warnt davor, daß sich Deutschland nicht wieder von der List der Diplomaten fangen lassen möge, die ja auch 1815 durch einen Federstrich Deutschlands Wünsche und Hoffnungen betrogen habe. Im weiteren Verlauf seines Vortrages setzt er auseinander, daß der deutsche Bundestag gegen die Annahmen des Auslands sich in die Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, viel energischer aufzutreten sei, als dies jetzt geschehe, wo man diese Einmischungen des Auslandes als ein Recht ansehen wolle, wie es der Vorredner gethan. Zur Sache selbst übergehend, sagt er, die öffentliche Meinung im südlichen Deutschland sei verführt, verblendet und verhezt worden; Paul Pfizer habe stets das einzige Rettungsmittel in einer Uebertragung der Kaiserwürde an Preußen gefunden, warum verschweige man dies dem Volke? (Stimmen von links: Jetzt nicht mehr.) „Sie sagen, bemerkt er hierauf, jetzt nicht mehr; ich sage Ihnen, die Meinungsveränderung liegt an der württembergischen Regierung, nicht an Paul Pfizer.“ Im Jahre 1830 schon hat Paul Pfizer gesagt, daß nur dann eine Rettung möglich sei, wenn Preußen an die Spitze Deutschlands trete, und daß sich Oesterreich niemals auf eine Volksverrüttung werde einlassen können. Das sei jetzt wahr geworden, und Paul Pfizer sei noch immer desselben Sinnes. „Noch keine drei Tage sind es, daß in Stuttgart im vaterländischen Verein, als die Nachricht von dem Welcker'schen Antrag eintraf, Alles jubelte und auf Paul Pfizer ein Hoch ausbrachte.“ (Die Linke unterbrach den Redner häufig in einer Weise, aus der hervorgeht, daß ihre seine Bemerkungen ziemlich unbehaglich sind.) Im März vorigen Jahres, da Paul Pfizer an der Regierung gewesen, sei der württembergische Gesandte in Berlin instruirt gewesen, dem König von Preußen die Krone anzubieten. Wenn wir nun, meint Herr Wurm, mit Bedauern vernommen haben, daß sich jetzt Württemberg einer gewissen Halbheit hingiebt, so müssen wir es eben bedauern, daß eine Meinungsveränderung stattgefunden hat, aber bei Paul Pfizer hat sie nicht stattgefunden. Endlich kommt der Redner auf die sächlichen Differenzen im südlichen Deutschland, die dort wohl eine Abneigung gegen die preussische Hegemonie hervorgerufen haben. Dieses Mißtrauen, meint er, sei in früheren Zeiten wohl begründet gewesen, aber jetzt, da man die Grundrechte habe, gewiß nicht. Wenn jetzt das Reichsoberhaupt auch ein Muselman wäre, er könnte doch weder Protestanten, noch Katholiken in den Weg treten. Uebrigens, schließt er, auch unsere katholischen Brüder werden einstimmig, sobald ihnen die Binde von den Augen fällt, und sie sehen, daß das Vaterland in der größten Gefahr und nur auf einem Wege zur Rettung zu führen ist.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält alsdann Römer das Wort. Der Vorredner habe gesagt, daß die württembergische Regierung im März des vorigen Jahres Preußen die Kaiserkrone angetragen habe; das müsse er für unwahr erklären. Es wäre vermessen gewesen, wenn Württemberg sich angemacht hätte, im Namen Deutschlands einen solchen Schritt zu thun. Ferner hat Herr Wurm geäußert, daß wenn Paul Pfizer noch an der Regierung Theil nähme, die Ansicht derselben eine andere sein würde. Ich sage, spricht Herr Römer, daß die Politik der Regierung auch dann keine andere sein würde, denn die Beschlüsse der württembergischen Regierung kommen durch Stimmenmehrheit ihrer Mitglieder zusammen und Paul Pfizer hatte die Mehrheit nicht für sich. Auf eine Unterbrechung von rechts bemerkte Herr Römer: „Ich kenne die württembergische Regierung und ihre Beschlüsse besser als Sie,“ eine Aeußerung, welche die Heiterkeit der Versammlung erregt. So hoch, fährt Herr Römer fort, Paul Pfizer in Württemberg und in ganz Deutschland in Achtung steht, so hat er doch gerade in seiner Idee einer preussischen Hegemonie in Schwaben die geringsten Sympathien gefunden. Uebrigens ist Herr Wurm bei seiner Abwesenheit aus Württemberg gar nicht in der Lage, die Stimmung des schwäbischen Volkes zu kennen. (Unterbrechung.) Die württembergische Regierung ist auch nach der Ansicht des Redners nicht eines Tadel's werth, sondern im Gegentheil des Lobes. Denn welche Regierung hat die Grundrechte zuerst promulgirt und ist darin allen Staaten Deutschlands vorangegangen? Welche Regierung hat sich williger den Beschlüssen der Versammlung unterzogen? Das seien echt deutsche Gesinnungen gewesen. Was die gegenwärtige Politik der württembergischen Regierung betreffe, so sei dieselbe von der Ansicht ausgegangen, daß die Nationalversammlung zusammengesommen sei, nicht um ein halbes, sondern um ein ganzes Deutschland zu bilden. Preußen und Oesterreich seien die Hindernisse einer freien Vereinigung Deutschlands. Hätten diese Regierungen so viel Patriotismus, um nicht auf ihre Einzelinteressen, sondern bloß auf Deutschland zu blicken, dann stünde es mit Deutschland anders. (Lebhafter Beifall links.) (Schluß der Presse: 1/2 Uhr. Die Sitzung dauert fort.)

Bekanntmachungen.

In Bezug auf meine Bekanntmachung der Tage, an welchen diesjährige Kreis-Revision im Saalkreise statthaben wird, bringe ich zur allgemeinen Kenntniß der Bewohner des Saalkreises, daß das Geschäft am

26., 27. und 28. d. M. in der Weintraube in Siebichenstein

und

am 29. d. M. in der Krone zu Cönnern,

an jedem Tage früh 6 Uhr seinen Anfang nehmen wird, und dabei alle diejenigen Mannschaften zur Vorstellung kommen müssen, welche in dem Zeitraum vom 1. Januar 1825 bis letzten December 1829 geboren wurden, ihrer Militairpflicht noch nicht genügt oder eine definitive Entscheidung noch nicht erhalten haben, und im Saalkreise zur Zeit sich aufhalten.

Demnach fordere ich alle in dem vorbezeichnetem Zeitraume geborenen inländische männliche Individuen, die entweder im Saalkreise ihren festen Wohnsitz haben oder in demselben gegenwärtig sich als Gesinde, Handlungsdiener, Gesellen, Lehrlinge oder sonst vorübergehend aufhalten, hierdurch auf, sich, insofern es nicht bereits geschehen sein sollte, bei ihrer Wohnortsbehörde und zwar, wenn sie nicht im Saalkreise geboren sind, unter Vorzeigung ihrer Geburtscheine oder der über ihre frühere anderswo erfolgte Bestellung sprechenden Papiere, sofort zu melden, um in die treffenden Listen eingetragen zu werden und den Ort und Tag, an welchem sie sich vor der Kreis-Ersatz-Commission zu stellen haben, zu erfahren.

Jeder, welcher diese sofortige Meldung und demnächst die Bestellung an einem der oben benannten Orte und Tage unterläßt, hat die daraus entspringenden nachtheiligen Folgen sich selbst zuzuschreiben, und namentlich zu erwarten, daß, wenn er dienstauglich befunden werden sollte, er ohne Rücksicht auf etwaige Reklamation wegen häuslicher Verhältnisse eingestellt werden wird.

Alle diejenigen, welche wegen häuslicher Verhältnisse eine Zurückstellung beanspruchen zu können glauben, haben ihre von der Ortsbehörde vorschristsmäßig beglaubigte Reklamationen der Commission bei der Revision vorzulegen oder noch vorher mit einzureichen, indem auf spätere Reklamationen keine weitere Rücksicht genommen werden kann.

Sämmtliche Ortsbehörden des Kreises werden angewiesen, diese Bekanntmachung in ihren Ortschaften zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und darauf streng zu hal-

ten, daß kein, in anderen Kreisen geborener zur Zeit im Orte sich aufhaltender Militairpflichtiger sich der Revision unter dem Vorgeben, sich bei seinem Geburtsorte stellen zu wollen oder bereits gestellt zu haben, entziehe, indem nach den bestehenden Bestimmungen jeder Militairpflichtige sich in dem Kreise, wo er sich zur Zeit der Revision aufhält, keineswegs aber bei seinem, außerhalb des Kreises gelegenen Geburtsorte zu stellen hat.

Halle, den 16. März 1849.

Der Landrath des Saalkreises
v. Bassewitz.

Zur anderweiten Verpachtung der der Kirche in Groß-Kugel gehörigen, in Oberthauer Flur gelegenen einschürigen Wiese, 3 Acker enthaltend, auf 6 resp. 12 Jahr, steht

am 11. April Vormittags 9 Uhr in dem Gasthose zu Groß-Kugel Termin an, zu welchem Pachtlustige sich einfinden wollen.

Halle, den 12. März 1849.

Der Landrath des Saalkreises.
v. Bassewitz.

Bekanntmachung.

Die Königl. Regierung hat bei der Königl. General-Commission am 21. Januar c. auf Ablösung der Lehngelder, nach den Grundsätzen des zu erwartenden mildern Gesetzes, provocirt und zugleich bestimmt, daß für keinen, seit diesem Tage eingetretenen Besitzveränderungs-Fall, die Lehngelder mehr erhoben, wohingegen alle, vor dem 21. Januar c. eingetretenen Besitzveränderungs-Fälle, die Lehngelder nachträglich erhoben und Lehnbriefe in der bisherigen Art ausgefertigt werden sollen.

Halle, den 16. März 1849.

Königliches Rent-Amt.
Dahlström.

Bekanntmachung.

Die Anfuhrer vor 132 Schachtruthen Steine aus den Brüchen bei Sennewitz und Trotha zur Instandsetzung der Strecke der Magdeburg-Leipziger-Chaussee zwischen dem Wärrterhause bei Morl und dem Gasthose zum Schwan soll am Freitag den 23. März Vormittags um 10 Uhr im Gasthause zur Tanne in der Klaustrhorstraße hieselbst den Mindestfordernden verdungen werden.

Halle, den 17. März 1849.

Der Wegebaumeister
Steudner.

Die Ausführung einiger Maurerarbeiten bei der Kirche zu Zscherben soll dem Mindestfordernden übertragen werden, und dazu Sonnabend den 24. d. M. früh 11 Uhr in meinem Geschäftszimmer eine Verdingung stattfinden. Unternehmungslustige werden aufgefordert zu erscheinen.

Der Bau-Inspector
Schulze.

Bekanntmachung.

Eine in gutem Zustande befindliche kupferne Braupfanne, welche wegen Mangel an Größe nicht mehr gebraucht wird, soll den 11. April d. J. Nachmittags 2 Uhr im Gasthof zu den drei Schwänen zur Auction kommen; das Gewicht derselben beträgt 18 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, an Gemäß 2302 Quart preuß. Maß Inhalt. Darauf Reflektirende werden hiermit eingeladen.

Zeitz, d. 19. März 1849.

Die Brau-Verwaltung.

Fraugott Zimmermann,
Gastwirth zum drei Schwänen.

Auction.

Dienstag den 20. März c. Nachmittags 2 Uhr soll allhier in dem am Domplatz belegenen Hause Nr. 923 der Nachlaß des verstorbenen Steuerraths Billaret, bestehend in Meubles, als: Betten, Tischen, Stühlen, Schränken, 1 Secretair, Sopha, Spiegel, sowie andern Gegenständen mehr, öffentlich gegen sofortige Bezahlung meistbietend verkauft werden.

A. Müller,
Auctionator u. gerichtl. Taxator.
(Brüderstraße Nr. 226 b.)

Verpachtung.

Endesgenannter beabsichtigt seine hieselbst gelegene Kunst-, Waid- und Schönfärberei, verbunden mit Schwarzfärberei und Druckerei, nebst den dazu gehörigen Lokalien und dem zur Färb- und Druckerei gehörigen vollständigen Geräthe, von Ostern dieses Jahres ab, auf 6 oder 12 Jahre, aus freier Hand unter sehr billigen und annehmbaren Bedingungen zu verpachten.

Pachtlustige können die Bedingungen hier einsehen, oder aber auch gegen Erstattung der Kopialien übersendet erhalten.

Düben, den 13. März 1849.

F. D. Wahlis.

Die Steingut-Fabrik

zu Halle vor dem Klaustrhore Nr. 2100 b (Stadt Köln genannt) empfiehlt ihr reichhaltiges Waaren-Lager zur geneigten Berücksichtigung und erlaubt sich insonderheit auch die Herren Wiederverkäufer darauf aufmerksam zu machen.

G. J. Stengel.

Englische Choleraabinden

erhielt in neuer Zusendung und empfiehlt solche billigst

C. A. Pohlmann jun.,

Brüderstrasse Nr. 226.

Halle, den 16. März 1849.

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich in meinem Laden, Schmeerstraße Nr. 705, eine Leihbibliothek, bestehend aus den besten Werken der neueren Autoren (Dumas, Sue, James, Mainsworth, Penfarsse &c.), als auch aus einer Anzahl Räuber-, Ritter- und Geisterromane, am heutigen Tage eröffnet habe.

Stets wird die Leihbibliothek durch neu erscheinende Schriften vergrößert werden.

Halle, den 20. März 1849.

Friederike Ruff.

16 Stück hochtragende und neumilchende Kühe sind auf der Domaine Fregleben bei Sandersleben wegen Veränderung der Wirthschaft zu verkaufen.

Fr. Bieler.

Düngemehl, à Centner 1 *Rp*, auf den Kartoffelacker vorzugsweise zu verwenden, bei

F. A. Hering.

So eben empfang frischen **Seedorf** à *Pfd.* 3 *Sgr.*, Speckbücklinge, rohen und abgekochten westph. Schinken, so wie Hamb. Rauchfleisch.

Carl Kraum.

Rübenkern-Verkauf.

40 *H* rothe Rübenkern, lang über die Erde hinauswachsende Art, verkauft einzeln wie im Ganzen à *H* 5 *g*.

G. Höhne in Zappendorf.

2000, 1500, 800, 600, 400 und 200 *Rp* sind auszuleihen durch den Secretair Kleist, große Klausstraße Nr. 896.

Eine Getreide-Reinigungs-Maschine ist billig zu verkaufen kleine Brauhausgasse Nr. 378 in Halle.

Heute Nachmittag 1 1/2 Uhr und folg. Tage Fortsetzung der **Summ'schen** Auktion. Brandt.

4 Stück fette Ochsen (Voigtländer Rasse) stehen zum Verkauf bei Sangerhausen, den 18. März 1849. C. F. Sterz.

Ein Belt

ist zum bevorstehenden Viehmarkt zu vermieten Nr. 826.

Gesuch. Ein militairfreier, mit den besten Zeugnissen versehener Commis, der sowohl in Detail- als Engros-Geschäften conditionirte, und seine letzte Stelle eingetretener Umstände halber zu verlassen genöthigt war, sucht eine anderweitige Stelle in einer Material- oder Tabackshandlung. Hierauf reflektirende Herren Prinzipale werden gebeten, ihre Adressen unter der Chiffre F. W. franco an die Expedition d. Blattes zu senden.

Ein gewandter mit guten Attesten versehener Handlungs-Commis sucht zum 1. April eine Stelle durch J. G. Fiedler in Halle.

Ein junger Mann aus anständiger Familie wünscht die Handlung zu erlernen. Alles Nähere durch J. G. Fiedler, kl. Steinstraße.

Gasthofs-Verkauf.

Ein in einer Nachbarstadt an einer frequenten Straße gelegener, in guter Lage stehender Gasthof, mit einem großen Garten, Kegelbahn und einer Delmühle, mit welchem noch ein rentables Nebengeschäft verbunden ist, soll veränderungs halber bald möglichst aus freier Hand verkauft werden. Gefällige Offerten werden unter der Chiffre O. L. Delitzsch poste restante erbeten.

Bei **Pfeffer** in Halle erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten: **Die Bildung der Zweiten Kammer Preußens auf dem Grunde organischer Gliederung des Volkslebens.** Preis 6 *g*.

23,000 *Rp* werden zur ersten Hypothek auf ein Landgut, wozu 12 Hufen Acker gehören, zu leihen gesucht. Zu erfragen große Klausstraße Nr. 891. Unterhändler werden verboten.

Frischer Kalk

Dienstag und Mittwoch, den 20. und 21. März, in der Siebichensteiner Amtsziegelei.

Ein junger, gebildeter Dekonom sucht eine Stelle als Volontair. Hierauf Reflektirende wollen gütigst ihre Adressen mit A. H. C. bezeichnen, franco in der Expedition des Couriers niederlegen.

Eine elegante Parterre-Wohnung, bestehend aus einem großen und einer etwas kleineren Stube und anständig möblirt, ist sogleich an ruhige Leute zu vermieten. Näheres Nr. 1020 unten.

Ein Transport fette holl. Heeringe ist angekommen und fallen dieselben so schön aus, daß nichts zu wünschen übrig bleibt. Fringshandlung Volke.

Von der bei Engelhorn & Hochdanz in Stuttgart erscheinenden

Allgemeinen Muster-Zeitung, Album für weibliche Arbeiten und Moden.

Preis vierteljährlich 1/2 *Rp*.

ist die erste Nummer des 2ten Quartals für 1849 bereits ausgegeben, und werden hierauf, so wie auf das verfloßene Quartal und die Jahrgänge 1846 bis 1848 von jeder Buchhandlung Bestellungen angenommen. — Die Musterzeitung erscheint monatlich zwei Mal; jede Nummer besteht aus einem Bogen Text, zu welchem abwechselnd entweder ein ganzer Bogen Muster, oder ein halber Bogen Muster und ein Modebild gegeben werden. Der Text enthält: Interessante Erzählungen, Modeberichte, die Erklärung der Musterbogen und neuer weiblicher Arbeiten, Miscellen &c., einen Rebus.

Zu Aufträgen empfehlen sich besonders: **C. Anton, G. C. Knapp, Schwetschke'sche Sort.-Buchh.** (Pfeffer) in Halle.

Gebauer'sche Buchdruckerei.